



Protokoll

der 3. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung der
Gemeinde Schladen-Werla

am Mittwoch, den 31.08.2022,

um 18:00 Uhr

Dorfgemeinschaftshaus Schladen, Am Weinberg 9, 38315 Schladen

Anwesend:

Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Herr Marc Samel

Mitglied

Herr Michael Hausmann

Herr Bernward Köbbel

Herr Uwe Vornkahl

Herr Karl-Jürgen Heldt

Protokollführerin

Frau Janina Klasen

von der Verwaltung

Herr Martin Schulze

Abwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Stefan Lüttgau

Bürgermeister

Herr Andreas Memmert

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung

Stellv. Ausschussvorsitzender Samel eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der anwesenden Ratsmitglieder und der Beschlussfähigkeit

Stellv. Ausschussvorsitzender Samel stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Herr Lüttgau und Herr Memmert fehlen entschuldigt.

TOP 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Stellv. Ausschussvorsitzender Samel stellt fest, dass die Tagesordnung fristgerecht zugegangen ist. Es liegen keine Anträge vor

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 4: Genehmigung des Protokolls vom 01.06.2022

Das Protokoll vom 01.06.2022, Nr. 2 wird genehmigt.

Einstimmige Annahme!

TOP 5: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Keine.

TOP 6: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Keine.

TOP 7: Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

**TOP 8: 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: BV/0162/2021-2026**

Kämmerer Schulze stellt die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2022 vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Ratsherr Vornkahl fragt, wie sich die erneute Preissteigerung im Nachtrag in Höhe von 300 T€ bei dem Umbau der Verwaltung Haus A + C und die Containergestellung zusammensetzt, da hier im Haushalt schon eine Preissteigerung enthalten war.

Kämmerer Schulze sagt, dass die Frage über das Protokoll beantwortet wird.

Antwort der Verwaltung:

Bei den Preissteigerungen handelt es sich um allgemeine Preissteigerungen, welche der aktuellen wirtschaftlichen Lage und den Lieferengpässen geschuldet sind. Hierfür wurde zu dem damaligen Kenntnisstand eine Preissteigerung in Höhe von 15% eingerechnet.

Im Wesentlichen hängen die Preissteigerungen im Bereich der Sanierung des EG und des OG der Häuser A und C der Verwaltung damit zusammen, dass bei der Kostengruppe 400 (Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektrik) die Planung konkretisiert wurde. Da die Gebäude zuletzt 1981 saniert worden sind, ist eine umfassendere Grundsanie rung nach über vierzig Jahren erforderlich. Das ist auch auf Grund der hohen Schadenquote in der Gebäudeversicherung erforderlich. Eine Aufstellung der Kosten ist der Anlage beigelegt. Aktuell ist jedoch davon auszugehen, dass sich aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Umstände die Preisentwicklung und die Lieferengpässe noch verschärfen werden.

Stellv. Ausschussvorsitzender Samel sagt, dass es gut wäre, wenn die Antwort bis zur Ortsratssitzung vorliegen würde.

Ratsherr Heldt fragt, was der aktuelle Sachstand bzgl. des Baugebietes Harzblick ist.

Kämmerer Schulze sagt, dass die Frage über das Protokoll beantwortet wird.

Antwort der Verwaltung:

Aktuell wird für das Baugebiet Harzblick der Bebauungsplan aufgestellt. Hier gab es in den letzten Jahren schärfere Richtlinien, welche nach Rücksprache mit dem Landkreis berücksichtigt und eingearbeitet werden müssen. Anschließend kommt es zur Auslegung des Bebauungsplanes.

Ratsherr Heldt fragt, ob das Notstromaggregat für die Verwaltung gesetzlich vorgeschrieben ist oder ob hier Lösungen in Form von regenerativen Energien und Speichern eine Option sind.

Ratsherr Hausmann berichtet von entsprechenden Erlassen zu dem Thema, dass diesbezüglich Möglichkeiten in den Verwaltungen geschaffen werden sollen.

Ratsherr Heldt würde sich dennoch eine Lösung mit regenerativen Energien und Speichern wünschen und ist mit den 35 T€ für das Notstromaggregat der Verwaltung nicht ganz konform.

Anmerkung der Verwaltung:

Es ist dringend erforderlich, dass die kritische Infrastruktur auch bei großflächigen Stromausfällen arbeitsfähig ist. Dazu zählt die Gemeindeverwaltung. Aktuell warnt der Deutsche Städte- und Gemeindebund in den bundesweiten Medien vor der Gefahr von großflächigen Stromausfällen infolge der Gasmangellage und des Ukraine-Krieges. Die großflächigen Stromausfälle im Landkreis Steinburg (Dauer eine Woche) haben gezeigt, dass viele Einrichtungen der sog. Kritischen Infrastruktur nicht notstromversorgt waren und sind. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Ratsherr Heldt bedankt sich für den übersichtlichen und sehr plausibel dargestellten Nachtragshaushalt. Er weist darauf hin, dass es sich eigentlich nicht um eine Verbesserung von rund 1. Mio. € handelt, sondern, dass bedacht werden sollte, dass beispielsweise rund 400.000 € lediglich ins nächste Jahr verschoben worden sind.

Ihm bereiten jedoch die Energiepreise und die Unterhaltung und Investition in die Infrastruktur Sorgen, da diese in der Zukunft tendenziell auch höher ausfallen werden. Er regt an, dass darüber nachgedacht werden sollte, ob nicht beispielsweise denkmalgeschützte Gebäude auch für Solar genutzt werden sollten. Des Weiteren weist er auf das Energieeinspeisegesetz hin, was auch für Kommunen neue Möglichkeiten eröffnet. In diesem Zusammenhang weist er noch einmal darauf hin, dass nicht zwangsläufig Notstromaggregate benötigt werden, sondern dieses auch durch Energiespeicher gelöst werden kann.

Ratsherr Hausmann fragt, ob der Feuerwehrplan und die Schlüsseldepots in den Kindergärten neu angeschafft oder nur erneuert werden.

Kämmerer Schulze erläutert, dass es sich hierbei um Neueinrichtungen der Schlüsseldepots handelt und diese vorher noch nicht vorhanden waren.

Ratsherr Hausmann sagt ebenfalls, dass es sich bei der Verbesserung real nicht um eine echte Million handelt, sondern einige Maßnahmen verschoben werden. Zudem sagt er, dass er es bedauerlich finde, dass wahrscheinlich die Bauplätze in Zukunft nicht mehr so großen Zuspruch bekommen werden, da sich viele Menschen aufgrund der steigenden Zinsen und Energiekosten kein Eigenheim mehr leisten können.

Des Weiteren fragt Ratsherr Vornkahl nach, ob in diesem Jahr auch wieder eine Verbesserung der Personalkosten durch unbesetzte Stellen und Langzeiterkrankungen zu erwarten ist.

Kämmerer Schulze erläutert, dass die bisher feststehenden Einsparmöglichkeiten berücksichtigt wurden. Diese belaufen sich bei den Personalaufwendungen auf rd. 171 T€ und wurden durch die Hochrechnung der NVK für die Pensionsrückstellungen geschluckt.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, Digitalisierung und Personal nimmt die 1. Nachtragshaushaltssatzung und den 1. Nachtragshaushaltsplan zustimmend zur Kenntnis.

Einstimmige Annahme!

TOP 9: Anträge und Anfragen

Ratsherr Vornkahl fragt, ob es schon den Jahresabschluss 2021 gibt und ob die Ratsmitglieder diesen erhalten können.

Kämmerer Schulze antwortet, dass es einen vorläufigen Jahresabschluss gibt und dieser zur Verfügung gestellt werden kann. Der vorläufige Jahresabschluss ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Der vorläufige Jahresabschluss wurde mit der BK/0037/2021-2026 bereits am 12.05.2022 im VA bekanntgegeben.

Ratsherr Vornkahl fragt ebenfalls, wie es mit dem Haushaltssicherungskonzept läuft und wie dieses aktualisiert wird.

Kämmerer Schulze erläutert, dass im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2023 der Haushaltssicherungsbericht für das Jahr 2022 bereitgestellt wird und sofern der Haushalt 2023 defizitär ausfällt, auch ein Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2023 erstellt werden muss.

Ratsherr Vornkahl fragt, wann der nächste Ort mit Glasfaser ausgestattet wird.

Ratsherr Samel antwortet, dass in Hornburg am 16.09. die Befragungsfrist endet und es danach noch eine 12-tägige Nachlaufzeit gibt. Ende September müsste somit Hornburg abgeschlossen sein. Laut Aussage von Bürgermeister Memmert sind die nächsten Orte Werlaburgdorf und Gielde. Ein genauer Zeitpunkt konnte jedoch nicht genannt werden. Entweder geschieht dies bereits Ende 2022 oder im 1. Quartal 2023.

Ratsherr Hausmann ergänzt, dass am 22.09. die nächste Sitzung der Netzgesellschaft stattfindet und dass es einfach nicht möglich ist, eine konkrete Angabe zu machen, wann welcher Ort als nächstes an der Reihe ist.

Anmerkung der Verwaltung:

In Hornburg wurde das Vermarktungsziel von 40 Prozent erreicht.
In Werlaburgdorf beginnt die Vermarktung am 19.09.2022.
Für Gielde steht der Zeitpunkt noch nicht fest.

TOP 10: Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 11: Schließung der Sitzung

Stellv. Ausschussvorsitzender Samel bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 18.38 Uhr.

Marc Samel
stellv. Ausschussvorsitzender

Andreas Memmert
Bürgermeister

Janina Klasen
Protokollführerin